Pressemitteilungen

Bericht aus der Kabinettssitzung vom 10. September 2024

10. September 2024

1. Unterrichtsbeginn und Neuerungen im Schuljahr 2024/25 / Bayern schafft 1.600 neue Stellen für Lehrkräfte und 600 zusätzliche Stellen für multiprofessionelle Kräfte

2. Bayern startet Bundesratsinitiative für Transformations- und Forschungsförderung in ganz Deutschland / Bundesregierung ignoriert Transformationsbedarf und bestehende Forschungsstrukturen / Benachteiligung des Freistaats durch einseitige Fokussierung auf strukturschwache Regionen muss beendet werden

1. Unterrichtsbeginn und Neuerungen im Schuljahr 2024/25 / Bayern schafft 1.600 neue Stellen für Lehrkräfte und 600 zusätzliche Stellen für multiprofessionelle Kräfte

Schulstart in Bayern: Für rund 1,72 Millionen Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrkräfte hat am heutigen Dienstag das Schuljahr 2024/2025 begonnen. Die Gesamtschülerzahl steigt damit erneut um rund 31.000 an. Um die Unterrichtsversorgung zu sichern, stockt der Freistaat die Personalkapazitäten an den Schulen mit 1.600 neu geschaffenen Stellen für Lehrkräfte sowie 600 Stellen für multiprofessionelle Kräfte deutlich auf. Zum Schulstart werden rund 3.800 Lehrkräfte neu eingestellt; hinzu kommen rund 3.700 Lehramtsabsolventinnen und -absolventen, die genauso wie 600 Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger in den zweijährigen Vorbereitungsdienst starten. Das neue Schuljahr bringt eine Reihe von Neuerungen und Innovationen:

- So startet mit Beginn des Schuljahres auch die Umsetzung der bayerischen PISA-Offensive: Durch die Umgestaltung der Stundentafel sowie die Einführung neuer Instrumente für Diagnose und Monitoring, sollen – begleitet durch entsprechende Förderprogramme – die Basiskompetenzen in den Grundschulen nachhaltig gestärkt werden.
- Eine kontinuierlich wachsende Aufgabe ist auch die schulische Integration. Im Lauf des Schuljahres setzt der Freistaat daher erstmalig verbindliche Sprachtests 1,5 Jahre vor Einschulung und – bei festgestelltem Förderbedarf – verpflichtende Sprachförderung um. Die schulische Erstintegration wird zudem durch die Einführung schulartunabhängiger Deutschklassen weiterentwickelt.
- Die bayerischen Schülerinnen und Schüler fit für die Zukunft zu machen, bedeutet auch Digitalisierung mit Augenmaß. Deshalb startet im Freistaat der Roll-out der 1:1-Ausstattung mit digitalen Endgeräten an über 900 staatlichen Schulen – dies entspricht rund zwei Drittel aller teilnahmeberechtigten Schulen. Hinzu kommen ein Medien- und KI-Budget mit einem jährlichen Gesamtvolumen von 14,5 Mio. Euro.
- Neue pädagogische Impulse gibt es beispielsweise bei der politischen Bildung durch die Einführung der Verfassungsviertelstunde oder die Stärkung des Lebensweltbezugs durch die Ausweitung des Konzepts „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“.

Das Ziel all dieser Neuerungen: Die hohe bayerische Bildungsqualität weiterentwickeln und die Schulen im Freistaat als lebendige, positive und inspirierende Orte zu stärken. Auch die Lehrpläne sollen im neuen Schuljahr an allen Schularten modernisiert und die Prüfungskultur weiterentwickelt werden.

zum Seitenanfang

2. Bayern startet Bundesratsinitiative für Transformations- und Forschungsförderung in ganz Deutschland / Bundesregierung ignoriert Transformationsbedarf und bestehende Forschungsstrukturen / Benachteiligung des Freistaats durch einseitige Fokussierung auf strukturschwache Regionen muss beendet werden

Bayern wird mit einer Bundesratsinitiative einfordern, dass die Transformations- und Forschungsförderung des Bundes in allen Regionen Deutschlands sichergestellt wird – nicht nur in Braunkohlestandorten und strukturschwachen Regionen. Damit soll eine Benachteiligung Bayerns verhindert werden. Der innerdeutsche Standortwettbewerb darf nicht zu Lasten Bayerns beeinflusst werden.

Am 13. August 2024 hat der Bund die überarbeitete Förderrichtlinie „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten (STARK)“ vorgestellt. Bislang lag der Fokus auf der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den betroffenen Regionen. Die Novellierung sieht erstmals direkte Unternehmensförderung in den betroffenen Regionen vor, beispielsweise für Projekte in Bereichen wie Batterien, Windturbinen, Wärmepumpen und CO2-Technologien; bis zu 40 Prozent der Investitionskosten können abgedeckt werden. Zudem sieht das Konzept zu Bundes- und Forschungseinrichtungen, das am 26. Juni 2024 vom Bundeskabinett beschlossen wurde, die vorrangige Ansiedlung und Erweiterung von Bundes- und Forschungseinrichtungen in Kohlerevieren, ostdeutschen Flächenländern und strukturschwachen Regionen vor.

Beide Konzepte fördern vorrangig die Braunkohlereviere in der Lausitz, in Mitteldeutschland und im Rheinland sowie in strukturschwachen Regionen. Stärker entwickelte Regionen wie Bayern zählen nicht zu den förderfähigen Regionen – trotz des bestehenden Transformationsbedarfs. Denn auch strukturstarke Regionen wie Bayern mit seinen Industrie- und Automobilstandorten haben immensen Transformationsbedarf. Der innerdeutsche Standortwettbewerb wird so zu Lasten des Freistaats verschoben. Ferner bleiben Standortentscheidungen für Bundes- und Forschungseinrichtungen in Bayern aus. Es drohen Strukturlücken bei Wissenschaft, Industrie und (Energie-)Infrastruktur, die unmittelbar dem Wohlstand Bayerns und mittelbar Deutschland insgesamt schaden.

zum Seitenanfang

Bericht aus der Kabinettssitzung vom 10. September 2024

(PDF 102.95 Kb)